

Kahlschlag am Kyffhäuser

Warum der BUND in seinem Schwarzbuch zum Wald auch Thüringen kritisiert

Wertvolle Altbäume einfach gefällt, Boden zerstört und die Brut geschützter Tierarten getötet – so lauten die Vorwürfe des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) an die staatliche Forstwirtschaft. Ein eindrückliches Beispiel: der Naturpark Kyffhäuser.

Von Martin DEBES

ERFURT/BERLIN/ARTERN. Im Januar 2007 stürmte Kyrill durch den deutschen Wald. Millionen Bäume wehte er dahin, und ließ, unter anderem im Thüringer Wald, etliche Berg Rücken kahl zurück. Die meisten Buchen am Kyffhäuser aber blieben stehen.

Doch nicht für lange.

Denn ein Jahr darauf ließ die Landesforstverwaltung oberhalb der Bundesstraße 85 ihre neu angeschafften Holzermaschinen anrücken – mitten im Naturpark, der nebenbei noch Naturschutz-, FFH- und Vogelschutzgebiet ist. Den sogenannten Verkehrssicherheitsmaßnahmen mussten tausende Bäume weichen, darunter auch viele Altbuchen. Eine riesige Kahlfläche entstand.

Schnell wuchs der Protest, eine Bürgerinitiative bildete sich, Kommunalpolitiker fürchteten um den Tourismus, und selbst der von den erbosten Anwohnern angeschriebene Ministerpräsident musste bei einer Kreisbereisung eingestehen, dass der „Naturschutz vor der Waldnutzung“ stehen müsse.

Doch der Einschlag ging weiter, 60 000 Bäume wurden gefällt, die übliche Menge, wie das Forstamt mitteilte, das Umweltministerium in Erfurt sekundierte in ähnlichem Ton.

So geschah es, im Winter vor einem Jahr. Gestern nun veröffentlichte der BUND sein Schwarzbuch Wald mit 15 Geschichten aus der deutschen Forstwirtschaft. Zwei Seiten sind dabei auch dem Kyffhäuser gewidmet. „Die mehrfachen Kahlschläge“, heißt es da, seien als Verstöße gegen das Bundesnaturschutzgesetz und gleich mehrere Paragraphen des Thüringer Waldgesetzes zu werten. Zudem sei die bei FFH-Gebieten vorgeschriebene Verträglichkeitsprüfung weggelassen worden, und dass, obwohl die Verwaltung von den Naturschutz-

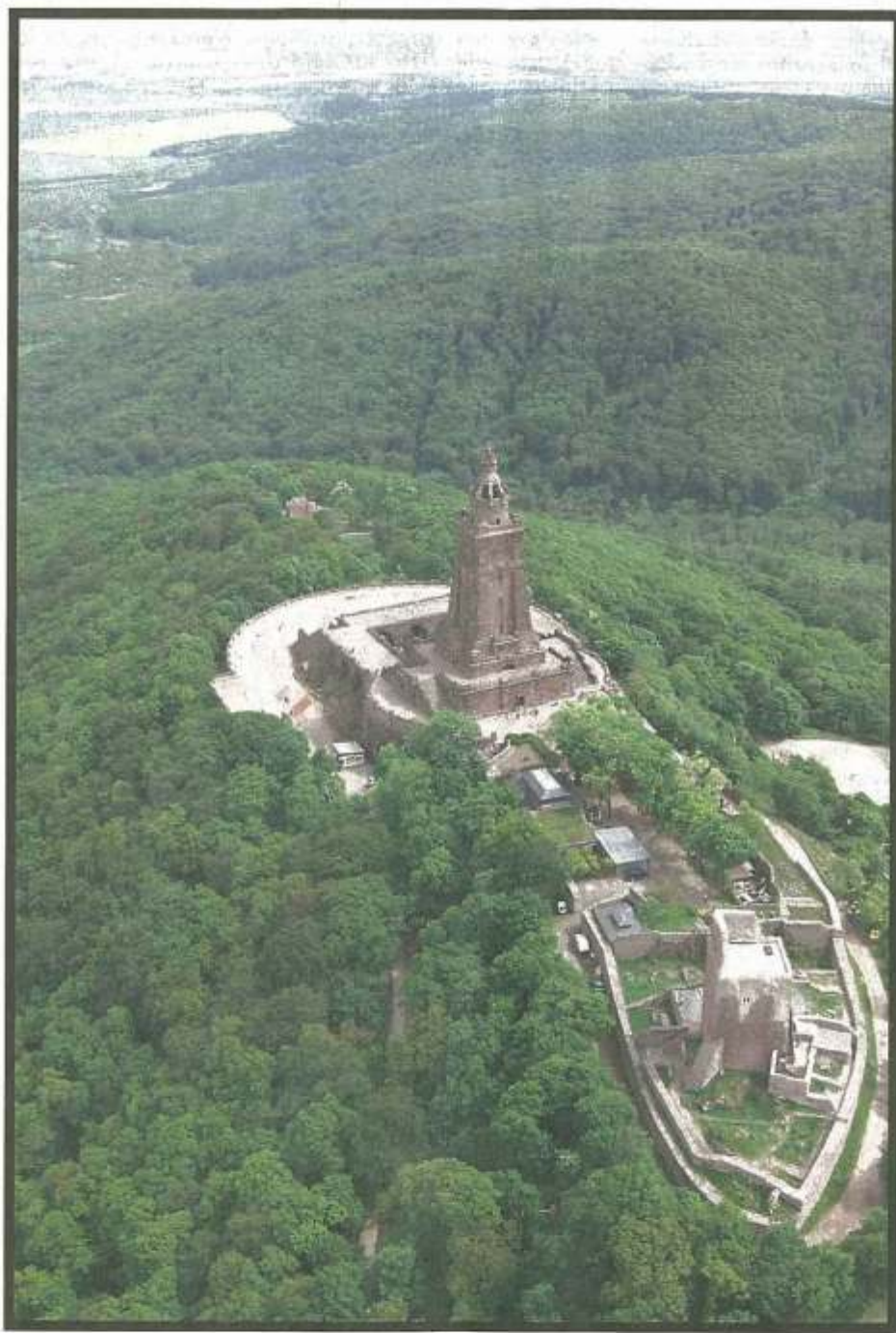
behörden vor dem Einschlag darauf hingewiesen wurde.

Doch der Kyffhäuser ist gemäß dem Bund überall. So holze man im Staatswald bei Cuxhaven eine etwa drei Fußballfelder große Fläche mit 225-jährigen Buchen und Eichen einfach so ab, kurz bevor der Wald rechtsverbindlich zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. Im Staatswald Regensburg wurden, ebenfalls um den Verkehr zu sichern, Hangbereiche

bis in 150 Meter Entfernung oberhalb einer Straße abgeholzt. Im Spreewald verfrachtete der Fahrer eines Forstunternehmens 1200 Kubikmeter gefälltes Holz in eine streng geschützte Kernzone – obwohl dort eigentlich keine forstlichen Maßnahmen erlaubt sind. Die Bilanz der 15 Beispiele: Elfmal wurde einfach nur der Wald kahlgeschlagen, sechsmal mit der Begründung der Verkehrssicherung. Im mehr

als der Hälfte der Fälle traf es Biotope, dreimal wurde dabei die Brut beziehungsweise Nachzucht von besonders geschützten Arten zerstört.

Die Waldwirtschaft, sagte BUND-Chef Hubert Weiger gestern bei der Vorstellung des Schwarzbuchs in Berlin, genüge noch nicht einmal den gesetzlichen Anforderungen. Dabei sei „der Stopp des Artensterbens eine der dringlichsten Aufgaben unserer Zeit“ – wes-



SCHUTZLOS: Der Status als Naturpark bewahrt den Kyffhäuser Wald nicht vor Rodung.

halb fünf Prozent der Waldfläche als Naturwaldreservate wie etwa der Hainich vollständig ungenutzt bleiben sollten.

Weiger forderte deshalb ein neues Waldgesetz, in dem Kahlschläge verboten werden müssten. Bisher sind flächenhafte Einschläge noch mit der Maßgabe erlaubt, dass wieder aufgeforstet wird.

Ähnlich argumentiert auch der grüne Landeschef Frank Augsten. Die biologische Vielfalt der Waldökosysteme ließe sich nur erhalten, wenn man sie vor Übernutzung schütze. Zudem sei die Zeit der Altersklassenwälder und Nadelbaummonokulturen abgelaufen.

Das Thüringer Umweltministerium konnte sich dazu gestern Nachmittag nicht äußern, sowohl der Minister Volker Sklenar als auch sein Staatssekretär Stefan Baldus (beide CDU) waren nicht erreichbar.

Aber was sollten sie auch sagen. Denn die Geschichte des Kyffhäuserwaldes ging noch ein wenig weiter. Der Landrat, auch CDU, solidarisierte sich mit den Protesten, und auf einer Versammlung im April mussten aus Erfurt entsandte Ministeriale eingestehen, dass man künftig die Forstleute stärker kontrollieren und zudem die Einschläge am Kyffhäuser stark reduzieren werde.

Parallel dazu wurden zwei Revierleiter umbesetzt, was, wie man verlautbarte, nichts mit dem Kahlschlag zu tun habe, sondern ausschließlich mit notwendigen strukturellen Veränderungen. Zudem fanden mehrere Schulungen statt.

Im Herbst, als wieder Bäume an der Bundesstraße zu fällen waren, wurde der Forstamtsleiter in dieser Zeitung mit diesem Satz zitiert: „Da gehen wir wesentlich sensibler ran.“

Im Dezember schließlich lud die Landesforstverwaltung in Bad Frankenhausen zu einer Tagung ein, auf der sie auch die bisherige Planung revidierte: Weniger Einschläge, mehr Wiederaufforstung. Außerdem, hieß es, wolle man die Bürger von nun an frühzeitig informieren.

Der BUND gibt sich am Ende seines Berichtes über den Naturpark halbwegs zufrieden. Es sei positiv zu werten, dass die Forstverwaltung Konsequenzen gezogen habe.

Alles andere, schreibt man jedoch, „bleibt abzuwarten“.